

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

# Danziger



# Zeitung.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: Jäger & Fort. S. Engler, in Hamburg: C. J. Neumann, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Coblenz: Neumann'sche Buchdruckerei.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 3 Uhr Nachmittags.  
Berlin, 6. October. Der Bank-Discount für Wechsel ist auf 7 Procent erhöht worden. In den nächsten Tagen wird eine Ordre die Königl. Bank zur Erhöhung der Zinsen auf Lombard-Anleihen ermächtigen.

Angekommen 12 1/2 Uhr Mittags.

Wien, 5. October, Abends. In der heutigen Konferenz-Sitzung haben die dänischen Bevollmächtigten angeblich Zugeständnisse in der Grenzberichtigung und der Finanzfrage gemacht, beharrten aber auf der Ausschließung des Sundzoll-Abzugsfonds vom Actiendarmen. Schließlich wurde von dänischer Seite ein neuer Ausgleichungs-Vorschlag gemacht. Der preussische Bevollmächtigte Herr von Balan war in der Konferenz anwesend.

(W. T. A.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 5. October. Die Kaiserin Eugenie trifft heute Abend hier ein. Die Abreise des Prinzen Humbert erfolgt heute Abend.

Paris, 4. October. (R. Z.) Der heutige „Moniteur“ berichtet über verschiedene von den Franzosen in Mexico erfochtene Siege. Oberst Tourre drang am 1. August an der Spitze des 3. Zaven-Regiments durch den Paß von Candalaria vor, nachdem er Ugalde, der diese Stellung mit 800 Mann verteidigte, geworfen hatte. Der Verlust der Mexikaner belief sich auf 150 Mann. Diese Waffenthat bewog die Mexikaner, die starken Festungswerke von Huejutla zu räumen.

Kolding, 4. October. (Bresl. Z.) Bis hinauf nach Alsborg sind die deutschen Feldtelegraphen und die Feldpost vollständig geordnet. Den sächsischen Staatsbehörden ist die Einrichtung von Militär-Lazarethen zur Pflicht gemacht worden. General v. Falkenstein verlangt von den Oberbeamten genaue Aufschluß über die vorhandenen Lebensmittel und Einquartierungsplätze.

Hamburg, 4. October. Zuverlässige Copenhagener Briefe verkünden die schlaue Bereitwilligkeit Dänemarks zur Theilung der Activz, ausgeschlossen den mindestens 25 Millionen Thaler betragenden Sundzollfonds und vorbehaltlich des proponirten Schiedsrichterspruches einer neutralen Macht. Der Sundzoll, so wird dänischerseits behauptet, sei immer dänische Gerechtsame gewesen.

Hamburg, 5. Oct. Die heutige „Kieler Bta.“ vernimmt, daß in Kiel Quartier für 51 Officiere und 150 Pferde bestellt ist. Man schließt daraus, daß das große Hauptquartier der Allirten demnächst nach Kiel verlegt wird. Der Herzog Friedrich ist gestern Nachmittag zum Grafen Brockdorff-Ahlefeld auf Alsterberg zur Jagd gereist.

Stuttgart, 5. October. Der bisherige Justizminister Freiherr v. Wächter-Spittler ist in den Ruhestand versetzt. Mit der provisorischen Leitung des Justizministeriums ist der Präsident des Geheimen Rathes, Staatsminister Freiherr v. Neurath betraut worden.

## Die rechtzeitige Berufung der Kammern.

Die Wiederherstellung des inneren Friedens ist an und für sich die unter keinem Vorwande zu umgehende mora-

## Polenprozeß.

Berlin. [Sitzung vom 5. October.] Fortsetzung der Beweisaufnahme. In der Sache gegen den Ang. v. Zablocki wird vernommen der Gärtner Rozowski. Er bemerkt, daß er mit dem Ang., seinem früheren Herrn, einen Prozeß wegen rückständigen Lohnes gehabt und verloren habe. Der Ang. erklärt dazu, daß er den Zeugen wegen seiner Trunksucht aus dem Dienste habe entlassen müssen. Der Zeuge befandet dann, daß eines Tages Herr v. Guttry mit mehreren Herren zum Ang. gekommen, daß diese Herren sich in ein Zimmer eingeschlossen und heimlich gesprochen und geschrieben hätten. Daß vom Aufstande in Polen die Rede gewesen, habe er nachher aus den Reden der Herren vernommen. Herr v. Zablocki habe auch mit seiner Schwester eines Tages von dem Aufstande gesprochen. Präsi.: Darin würde nun nichts Auffallendes liegen. Der Zeuge befandet weiter, daß auf dem Orte verschiedene Gegenstände für den Aufstand angefertigt worden seien, daß sich daselbst auch Zuzüger gesammelt und von dort nach dem Dorfe Smolary gefahren seien, daß dieselben bewaffnet gewesen wären. Von den Dienstleuten des Ang. sei keiner nach Polen gegangen, was durch den königl. Districts-Commissair bestätigt worden ist. Der Zeuge erklärt schließlich, daß der Ang. seine Leute habe zusammenrufen lassen, und ihnen Erbsen geschenkt habe, damit sie schwören sollten. Die Ehefrau dieses Zeugen, hierauf vernommen, bezeugt, daß sie einmal vom Ang. mit Stockschlägen bedroht sei. Der Herr habe sie in sein Zimmer rufen lassen, daselbst verschlossen, sie gestochen und demnächst einen Stock gesucht, um sie zu schlagen. Der Ang. habe auch zu ihr geäußert: ihr Mann sei nichts weiter werth, als daß er wie ein Hund aufgehängt würde. Weshalb dies Alles geschähen sei, weiß die Zeugin nicht. Die Zeugin erklärt dann ferner, daß mehrmals Wagen vom Hofe des Ang. fortgefahren seien und daß sie einen halben Scheffel Erbsen erhalten habe, damit sie, wie ihr andere Frauen mitgetheilt hätten, schwören sollte. — Stephan v. Kierski (Bruder des Ang. v. Kierski) bezeugt, daß er mit Guttry bei dem Ang. gewesen sei und sich mehrere Stunden bei ihm aufgehalten habe. So viel er sich erinnere, habe es sich bei diesem Besuch um einen Pferdehieb gehandelt; ob dabei von dem Aufstande in Polen die Rede gewesen sei, dessen kann er sich nicht mehr erinnern. Endlich bestätigt noch der Grundbesitzer Slawinski die Behauptung des Ang., daß derselbe auf den

lische Pflicht eines jeden Preußen, welche Stelle er auch im Staate einnehmen möge. Sie wird in einem Augenblicke, wo zu den alten noch neue Gefahren für die politische Stellung unseres Staates nach Außen hin am Horizonte emporsteigen, zugleich zu einer Pflicht der Klugheit.

Eben so ist es in keiner Weise zu verkennen, daß beide Pflichten, die moralische sowohl, wie die der Klugheit, nur durch eine rechtzeitige Einberufung der beiden Häuser des Landtages erfüllt werden können. Rechtzeitig ist aber die Einberufung nicht schon dann, wenn sie auf irgend einen beliebigen Tag innerhalb der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Frist, sondern nur wenn sie zu einer solchen Zeit geschieht, daß nach drei budgetlosen Jahren nicht noch gar ein viertes ohne die durch die Verfassung unbedingt gebotene gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts-Etats beginnen muß. Wenn die Regierung, wie der Verfasser des ministeriellen Artikels in der „Prov.-Corr.“ vom 21. Sept. sagte, „es als ihre verfassungsmäßige Pflicht erkennt, so viel an ihr liegt, für das Zustandekommen eines gesetzlichen Staatshaushalts zu sorgen“, nun, so müßte er bekennen, daß die Regierung trotz dieser Erkenntnis, nicht, was an ihr liegt, für das Zustandekommen desselben thun würde, sobald sie die rechtzeitige Berufung des Landtages versäumen sollte.

Gegen eine wirklich rechtzeitige Berufung lassen sich nicht einmal scheinbare Einwände erheben. Glaubt das gegenwärtige Ministerium, daß es von dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus nicht ein solches Budget erlangen werde, mit dem es die Geschäfte der Regierung in der feinen staatsmännischen Ueberzeugungen entsprechenden Weise zu führen vermag, nun so steht ihm der verfassungsmäßige Weg der Kammerauflösung offen. Glaubt es aber, daß auch durch die Neuwahl keine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses erzielt werden würde, nun, so ist der verfassungsmäßige Weg der, daß es einem andern Ministerium Platz macht, welches im Stande ist, sich mit dem Abgeordnetenhaus zu verständigen, und, indem es in Uebereinstimmung mit demselben den „ganzen unregelmäßigen Zustand des Staatshaushalts und des Verfassungslebens“ beseitigt, zugleich die höchste Pflicht, welche gegenwärtig gerade den Räten der Krone obliegt, zu erfüllen, nämlich die, „den inneren Frieden, nach welchem des Königs Herz sich sehnt, wieder herzustellen.“

Aber leider — wir müssen hier auf unser schon bei der ersten Besprechung des Artikels der „Provinzial-Correspondenz“ ausgesprochenes Bedauern zurückkommen — leider knüpft der Verfasser an die Erfüllung der „verfassungsmäßigen Pflicht“ von Seiten der Regierung die gegen die Bestimmungen der Verfassung laufende Bedingung, daß die Regierung diese Pflicht nur dann erfüllen dürfe, wenn es ohne „Preisgebung der“, natürlich gerade nach ihrer Meinung „zum Heil des Vaterlandes geschaffenen Einrichtungen“ geschehen könne.

Die Verfassung ist eben darum gegeben worden, weil es mit der ganzen Bildung, der ganzen Festigung, weil es mit allen geistigen und materiellen Bedürfnissen unseres Volkes sich in keiner Weise mehr vertrug, daß der Wille der Regierung allein Gesetz sei, daß die Regierung allein zu bestimmen habe, welche Lasten das Volk tragen solle, und welcher Gebrauch von den Kräften und dem Gelde des Volkes zu machen sei, und daß die Regierung sich selbst allein das nöthige Maß von Einsicht zuschreibe, um zu erkennen, was „zum Heile

Wunsch des Studenten Libelt einen Zettel mit Bleistift geschrieben habe, der später unter den Comitéspapieren gefunden worden ist. Der Zeuge vermag jedoch den Zettel selbst nicht zu recognosciren. Auf Antrag des Vertheidigers verliest der Präsi. die Aussage eines Zeugen Lewandowski (Koch des Ang.), welcher ausgesagt hat, daß der Ang. weder Waffen, noch Zuzügertransporte expedirt habe.

Alsdann erbitet das Wort zur Einbringung eines Antrages H. A. Lewald. Er sagt: Die beiden Väterlehrsinge Wilhelm Zimmermann und Hermann Meer, beide aus Posen, sind Anklagezeugen. Im Laufe der Sache ist es dahin gekommen, daß die Vertheidigung sie als Schutzzeugen betrachtet und ein Interesse an ihrer Auffindung hat. Nun ist bereits am 20. September der Ang. v. Zakreczewski vernommen. Damals hatte der Herr Ob.-St.-Anwalt gegen die Entlassung desselben nichts einzuwenden und stellte sie dem Gerichtshofe anheim. Der Beschluß wurde ausgelegt. Da aber die Anklage schon einmal ausgesprochen hat, sie lege kein besonderes Gewicht auf die Zeugen, so scheint es, daß dieselbe auch nichts weiter thut, um die Zeugen zu ermitteln. Ich kann das aus den Acten nachweisen. Das Kreisgericht in Posen berichtet unterm 20. Sept., daß nach Bescheinigung des Polizei-Bureau der Zimmermann in Königswaldau in Arbeit stehe und Meer nach Aussage seiner Mutter vor acht Tagen nach Berlin gereist ist. Der Gerichtshof requirirte darauf an das Berliner Polizei-Präsidium: ob und wo der Meer hier in Wohnung gemeldet, event. ob irgend etwas über den Aufenthalt desselben bekannt sei. Die Polizei hat darauf nichts weiter gethan, als die Sache an das Meldeamt gegeben, welches darunter vermerkt hat: „nicht gemeldet.“ So ist die Requisition zurückgekommen und enthält den Vermerk: „vidi Adlung.“ Es ist also der zweite Theil der Requisition des Gerichtshofes nicht erledigt. Das ist nicht die Art, wie man Zeugen ermittelt, wenn sie hierher kommen sollen. Ich beantrage, daß es dem hohen Gerichtshofe gefallen möge, die beiden Zeugen unter Aussetzung einer Belohnung öffentlich vorladen zu lassen. Es kann an und für sich kein Bedenken haben, daß die Vertheidigung einen solchen Aufruf selbst erlassen kann und ich reservire mir ausdrücklich noch das Recht dazu; ich wünsche aber, daß es von Seiten des hohen Gerichtshofes ausgehe und habe mir deshalb erlaubt, den Antrag dahin zu formuliren:

„1) Der hohe Gerichtshof wolle die Väterlehrsinge

des Vaterlandes“ dient. Darum ist die Verfassung zuerst zwar octroyirt, dann aber im Wege der Revision zwischen dem Könige und den erwählten Vertretern des Volkes vereinbart und als das „Staatsgrundgesetz“, d. h. als das Gesetz verfaßt worden, auf dem alles Recht und jedes Gesetz im Staate gegründet sein soll, als auf einem unerschütterlichen Fundamente. Es ist aber durch diese Verfassung als die neue Grundlage des Staates gerade festgestellt worden, daß in Preußen fortan nur das als Gesetz gelten soll, wozu die Vertreter des Volkes ihre Zustimmung gegeben haben, und daß ohne die Zustimmung eben dieser Vertreter des Volkes keine Abgabe und kein Dienst auferlegt und kein Pfennig von seinem Gelde ausgegeben werden dürfe. Auf diesen Bestimmungen ruht die ganze Kraft und Geltung der Verfassung; würden sie außer Kraft gesetzt, welchen Werth hat dann noch die Verfassung? Sie sind es vor Allem, die mit dem Eide auf die Verfassung von dem Könige und den Vertretern des Volkes und eben so von den Ministern und den vielen tausend anderen unmittelbaren und mittelbaren Beamten beschworen worden sind. Und gerade sie sind es, die man doch unzweifelhaft außer Wirksamkeit setzt, wenn man, wie die „Prov.-Corresp.“ es thut, behauptet, daß es der Regierung in irgend einem Falle gestattet werden dürfe, ihre Meinung von dem, was „zum Heile des Vaterlandes“ gereicht, nicht bloß in ihrer eigenen Seele, sondern auch in ihrer amtlichen Praxis über die Meinung der Volksvertretung zu stellen, und daß sie „ihre verfassungsmäßige Pflicht, so viel an ihr liegt, für das Zustandekommen eines gesetzlichen Staatshaushalts zu sorgen“, nicht eher zu erfüllen brauche, als bis die Vertreter des ganzen Volkes, und also doch auch wohl dieses Volk selbst, sich der ministeriellen Ansicht über das „Heil des Vaterlandes“ gefügt haben.

Wir wiederholen, daß der erste und schlechthin unerlässliche Schritt, den die Regierung zu thun hat, um ihre „verfassungsmäßige Pflicht“ zu erfüllen, keine andere sein kann, als die rechtzeitige, d. h. die baldige Zusammenberufung der beiden Häuser des Landtags.

## Politische Uebersicht.

Die Depesche des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den römischen Hof vom 13. Sept., von welcher wir bereits das Wesentlichste mitgetheilt haben, liegt nunmehr wörtlich vor und wird allgemein als ein Angriff gegen die weltliche Macht des Papstes betrachtet. Alle Pariser Journale legen sie in diesem Sinne aus. Bemerkenswerth ist, daß sich in der Depesche auch eine sehr deutliche Hinweisung auf das Verhalten der päpstlichen Regierung in der Angelegenheit des kleinen Coen befindet. Mit keinem Worte aber wird in der Depesche der Fall erwähnt, daß die Römer selbst vielleicht die Neigung erhalten sollten, sich dem Königreich Italien zu annectiren. Der Aufruf des National-Comité in Rom versteht die Convention ebenfalls dahin, daß es den Römern nicht verwehrt sein solle, sich für den Anschluß an Italien zu erklären.

Wie von verschiedenen Seiten bestätigt wird, hat die päpstliche Regierung der Convention ihre Zustimmung nicht ertheilt. Auch der Pariser „Temps“ bestätigt dies. Er sagt: „Der heilige Stuhl will von nichts hören.“ Er wird unbegreiflich und passiv bleiben, jedoch mit dem Vorbehalte, später einen Aufruf an die katholischen Mächte zu erlassen, der, wenn ihm

Zimmermann und Meer durch geeignete öffentliche Blätter auffordern, ihren gegenwärtigen Aufenthalt anzugeben, und zwar zugleich unter Aussetzung einer Belohnung für Diejenigen, welche ihren Aufenthalt so nachweisen, daß eine Vorladung mit Erfolg ausführbar ist.

„2) Wenn es gleichwohl zu einer Verlesung der Aussagen jener beiden Zeugen kommen sollte, wolle der Herr Präsident die Geneigtheit haben, den dazu festgesetzten Tag zum Voraus der Vertheidigung in öffentlicher Sitzung bekannt zu machen.“

Wir sehen, daß jeden Tag solche Aufforderungen von der Polizei ausgehen, wenn ein todeswürdiges Verbrechen vorliegt. Ich erinnere an den Mord des Prof. Gregh. Grote kann, wenn er des Mordes schuldig befunden wird, nur gestraft werden und auch die Ang. kann eine solche Strafe treffen, wenn sie schuldig befunden werden. Ich müßte die öffentliche Meinung schlecht kennen, wenn ich nicht annehmen sollte, daß einer solchen Aufforderung von allen deutschen Zeitungen entsprochen wird, denn ich glaube, in diesem Punkte ist die ganze öffentliche Meinung auf Seiten der Vertheidigung. Die Zeugen stehen uns immer wie ein drohendes Gespenst gegenüber, ohne daß sie vernommen werden. Die Staatsanwaltschaft sucht sie nicht heraus. Ich möchte aber ein Wort an den Herrn Ober-Staatsanwalt richten. Ist derselbe geneigt die Aussagen gänzlich wegzulassen, so würde der Antrag erledigt sein. Er wird es mir nicht verzeihen, wenn ich ihn an einen seiner Vorgänger, den verstorbenen Präsidenten Wenzel erinnere, der ein solches Verfahren öfter eingeschlagen. Darauf wird es dem öffentlichen Interesse doch nicht ankommen, ob von 150 Angeklagten, durch den Wegfall der beiden Zeugen, zwei oder drei Angeklagte mehr frei kommen oder nicht.

Ob.-St.-A. Adlung: Ich habe wiederholt erklärt, daß ich kein Gewicht auf die Vernehmung dieser Zeugen lege, weil ich für den objectiven Thatbestand andere Beweismittel herbeibringe. Der Gerichtshof hat aber Gewicht darauf gelegt und deshalb die Vernehmung der Zeugen angeordnet. Ich kann also auf die Vernehmung der Zeugen nicht verzichten, so lange der Gerichtshof sagt: wir wollen die Zeugen hören.

Der Gerichtshof beschließt, den Antrag des H. A. Lewald wegen öffentlicher Vorladung der Zeugen Zimmermann



Folge geleistet würde, das Signal zu einem mehr oder weniger allgemeinen Kriege sein würde."

Ueber Oesterreichs weitere Haltung verlautet noch nichts. Die officiellen Berichtersteller fangen an, ruhiger zu werden. Von einer Seite wird sogar behauptet, die Reduktion der oesterreichischen Armee werde trotz der Convention vor sich gehen. Es gewinnt übrigens in Oesterreich jetzt die Anschauung die Oberhand, daß die Convention hauptsächlich auf den Fürstencongress in Paris hinziele. Die „Presse“ empfiehlt den Beitritt Oesterreichs wiederholt. Oesterreich solle sich Frankreich an die Seite stellen und damit aus seiner Isolirung heraustreten. „Unser Interesse — sagt das Wiener Blatt — ist der Friede; aber wenn er schlechterdings nicht erhalten werden kann, so wäre doch besser für uns als der isolirte Krieg der Krieg der Coalitionen. Aber eben weil dieser ein so ungeheures Unglück für den Welttheil involviren würde, so wird er wissen, diesem Schicksale zu entgehen. Der Congress wird dem Kriege kein Thor öffnen; aus seinen Beratungen muß — die Logik der Thatsachen will es so — der europäische Friede hervorgehen."

Die Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und Frankreich mit dem Könige von Preußen in Baden wird also nicht stattfinden. Es bleibt demgemäß nur das Gerücht bestehen, welches wir heute in Wiener Depeschen und Artikeln finden, daß nur die Kaiser von Rußland und Frankreich auf französischem Boden zusammentreffen werden. Dagegen soll nach einer heute eingetroffenen telegr. Depesche Herr v. Bismarck nach Paris reisen (vergl. unsere Berl. Correspondenz).

Ueber den Zweck der Reise des Herrn v. Beust nach Wien schreibt man der „Köln. Stg.“: „Ich glaube gut unterrichtet zu sein, wenn ich die kurze Anwesenheit des Freiherrn v. Beust in Wien mit der Angelegenheit der Constitution der Herzogthümer in Verbindung bringe. Herr v. Beust meint, es würde wesentlich dazu beitragen, den Herzogthümern die schwere Uebergangszeit zu erleichtern und zugleich einen stärkeren Druck auf das den Friedensschluß verzögernde Dänemark ausüben, als alle sonst gedankbaren Pressionsmittel, ja, selbst bei der Eventualität einer Wiederaufnahme des Krieges weit eher zum Ziele führen, als ein offensives Vorgehen, wenn die deutschen Mächte sofort zur Constitution des neuen Staates schreiten, ihm eine Landesvertretung, ein Heer, eine regelmäßige Verwaltung geben würden. Oesterreich und Preußen würden dann, indem sie Bütland besetzt halten, ihre Truppen in Holstein und Schleswig auf ein Minimum reduciren. Die schließliche Verfügung über das Land und die Erledigung der Successionsfrage bliebe vorbehalten. Da man in Bezug auf die Successionsfrage jetzt daran denkt, juristische Notabeln zusammenzutreten und von diesen eine Rechtsentscheidung geben zu lassen, die für den Bund eine Norm geben könnte, so war Herr v. Beust bemüht, nachzuweisen, daß dieses Project zur weiteren Verschleppung der Sache dienen würde; eine solche Versammlung würde doch nichts Anderes zu thun vermögen, als zu den vielen bezüglichen Rechtsgutachten, die wir schon besitzen, ein neues, gewiß sehr gelehrtes und gründliches, hinzusetzen, das langsam, weil collectiv, zu Stande gebracht und schließlich doch nicht das absolut maßgebende Votum wäre."

Berlin, 5. October. Meine Andeutung, die ich Ihnen gestern machte, daß Herr v. Bismarck möglicher Weise nach Frankreich gehen werde, nehme ich nicht zurück, aber muß hinzufügen, daß derselbe es vielleicht vorzieht, auf deutschem Boden Kräftigung und Erholung von seinen schweren Arbeiten in der letzten Zeit zu suchen. — Die Prager Verhandlungen wegen einer Zollvereinigung zwischen Preußen und Oesterreich sind keineswegs abgebrochen, wie die Nachrichten aus Prag annehmen ließen. Der Geheime Rath Hasselbach ist in der That hierher zurückgekehrt, aber nur, um sich erweiterte Instruktionen zu holen. Derselbe wird sich in kurzer Zeit nach Prag zurückbegeben und die Verhandlungen mit dem Herrn v. Hof fortsetzen. Das zu beratende Material ist ein so umfangreiches, daß noch mehrere Wochen hierüber hingehen werden, ehe die Conferenz zum Schluß gelangen wird. Es handelt sich jedoch bei den Prager Verhandlungen immer nur um die Gewinnung von Grundlagen, um einen Vertrag aus denselben zu formuliren, dessen Abschluß späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben soll.

\* Prinz Friedrich Karl soll zum Höchstcommandirenden des 3. und 4. Armee-Corps (mit dem Wohnsitz in Berlin) ernannt werden und der Fürst von Hohenzollern, wie es heißt,

und Meer abzulehnen, dagegen soll die Nachforschung nach dem Aufenthaltsorte dieser Zeugen fortgesetzt werden.

Es findet hierauf eine Schriftvergleichung in Sachen gegen die Ang. v. Rosciciski und v. Kierski statt. Die Sachverständigen sind über die den Ang. zugeschriebenen Schriftstücke verschiedener Meinung. Die Vertheidiger beantragen die Freilassung der beiden Ang. Der Ob.-St.-A. widerspricht. Der Gerichtshof beschließt die vorläufige Entlassung aus der Haft. Nächste Sitzung morgen.

#### \* Was sich Berlin erzählt.

Die Saison hat wieder begonnen, obgleich die Gesellschaft sich noch auffallend still verhält und es an eigentlichem Leben fehlt. Nur der Quartalswechsel macht sich bemerkbar und versetzt Berlin wie gewöhnlich in einen Zustand von Unruhe und Aufregung, indem die halbe Stadt im Umziehen begriffen ist und das Schauspiel einer vollständigen Bevölkerungswanderung bietet. Durch die Straßen schwanen die riesigen Möbelwagen; vor den Hausthüren stehen ganze Ladungen von Küchengeräthen und Wirtschaftsgeschäften, Sopha und Lehnstühle, Tische und Schränke, Wägen und Körbe, der ganze Ballast des modernen Lebens, unringt von Kindern, welche sich über jeden Wechsel freuen, während die Eltern über die Beschwerden und die Last des Umzuges seufzen, eingedenk des alten Sprichworts, daß zweimal „Ziehen“ so gut ist wie einmal „Abheben“. Trotzdem die Häuser und ganze Stadttheile fortwährend wie die Pilze aus der Erde aufsteigen und mitunter auch wieder einsinken, da die überhand genommene Spekulation das schlechteste Material benutzt und mit einem fabelhaften Leichtsinne dabei zu Werke geht, steigt dennoch die Wohnungsnoth mit jedem Jahr, werden die Mieten immer theurer, so daß man ein mäßig ausgestattetes Quartier von vier bis fünf Zimmern mit 400 bis 500 Thalern bezahlen muß. Besonders fehlt es an bürgerlichen Mittelwohnungen, die gerade am meisten gesucht und verhältnißmäßig auch am theuersten sind. Unsere Hauswirthe, die sich gewöhnlich keiner allzugroßen Popularität erfreuen, sind meist Parvenus, ehemalige Altienbubler, Varietebühnen, Lohnbediente und kleine Krämer, die sich ein kleines Capital erworben haben und nun die Rentiers spielen wollen. Sie haben nur den einen Gedanken, so viel Zinsen als möglich aus ihrem Grundstück heraus zu pressen und steigen zu diesem Behufe ihre Mieten so lange und so hoch, bis diesen

zum Gouverneur von Mainz. Das Gouvernement des letzteren geht nach dem vorschriftsmäßigen Turnus jetzt von Oesterreich auf Preußen über. Bisher war Erzherzog Wilhelm von Oesterreich Gouverneur von Mainz.

\* Der „Staatsanzeiger“ bringt heute eine lange Reihe von Ordensvertheilungen an kais. russische Officiere.

— [Urtheile gegen Abgeordnete.] (M. B.) Der Wahlaufsatz der Fortschrittspartei vom 12. September 1863 hatte unter seinen Unterzeichnern fünf im Staatsdienste stehende Abgeordnete. Gegen die Professoren Mommsen und Birchow ist ein Disciplinarverfahren nicht eingeleitet. Zweiten wurde wegen seiner Unterschrift vom Kammergerichte als vom Disciplinarkomitee erster Instanz mit der geringsten Strafe, mit einer Verwarnung, belegt. Die Staatsanwaltschaft wurde vom Justizminister nicht beauftragt, dagegen das Rechtsmittel einzulegen. Kreisrichter Forstmann zu Zeitz ist in erster Instanz vom Appellationsgerichte in Naumburg mit der zweitniedrigsten Strafe, mit einem Verweise, belegt. Die Staatsanwaltschaft appellirte und es ist vom Obergericht bekanntlich auf 50 % Geldbuße und Strafverweisung unter Erstattung der Umzugskosten und Beibehaltung des Gehalts erkannt. Gegen den fünften Unterzeichner, Kreisrichter Parrissus zu Gardelegen, hat das Appellationsgericht zu Magdeburg auf Strafverweisung unter Verlust der Umzugskosten und Ermäßigung des Gehalts erkannt. Er war neben der Unterzeichnung des Aufrufs noch angeklagt, in seinem Wahlkreise Versammlungen seiner Wähler und Wahlmänner abgehalten und darin für die Fortschrittspartei und gegen das Staatsministerium „agitirt“ zu haben. Gegen das Urtheil appellirten beide Theile. Heute stand vor dem Plenum des Obertribunals Termin zur Verhandlung in zweiter Instanz an. Wie uns mitgetheilt wird, hat das Disciplinargericht gegen den in Person nicht erschienenen Angeklagten auf Dienstentlassung erkannt. Derselbe hatte, wie wir wissen, schon nach der Verurtheilung erster Instanz beschloffen und alle Vorbereitungen dazu getroffen, bei Bestätigung des ersten Erkenntnisses den Staatsdienst freiwillig zu verlassen; es wird ihn also die unfreiwillige Dienstentlassung nicht besonders überraschen. Eigenthümlich ist, daß die Abgeordneten Forstmann und Parrissus Mitglieder der gegen die amtlichen Wahlbeeinflussungen eingeleiteten Untersuchungs-Commission des Abgeordnetenhauses in der letzten Session waren.

— Die mit großen Erwartungen in Berlin gegründete Dampfmaschinen-Fabrik „Sanitas“ hat nach kaum einjährigem Bestehen Concurs gemacht.

Stettin, 4. October. In der gestrigen Sitzung des Provinzial-Landtages wurde folgende Petition aus dem Stolper Kreise vom 29. September vorgelegt: „Der Landtag wolle bei S. M. dem Könige wiederholt vorstellig werden und Allerhöchstdenselben bitten, das K. Ministerium zur Einbringung einer geeigneten Gesetzesvorlage wegen Fortführung der hinterpommerschen Eisenbahn bei dem Landtage der Monarchie anzuweisen.“ Von dem Magistrat und den Stadtverordneten zu Stolp ist ferner eine Petition gleichen Inhalts eingegangen. — Außerdem wurde den Mitgliedern des Landtags Mittheilung von dem Erkenntnis gemacht, welches gegen den Redacteur der „National-Zeitung“ wegen Verleumdung des Provinzial-Landtages ergangen und wonach dieser zu 50 % Geldstrafe verurtheilt sei. Dem Provinzial-Landtage sei zugleich die Verfügung zugesprochen worden, dies Erkenntnis auf Kosten des Verurtheilten innerhalb 4 Wochen in der „National-Zeitung“ zu veröffentlichen. Schließlich nahm man Abstand von einer Veröffentlichung des Urtheils. (N. St. B.)

Köln, 4. Oct. Heute Nachmittag wird der König der Belgier, mittelst Extrazuges von Brüssel kommend und die hiesige Ringbahn benutzend, hier vorbeiziehen, um sich zunächst nach Koblenz und am folgenden Tage nach Mainz zu begeben.

Kiel, 4. October. (Nat.-Stg.) Heute Morgen 9 1/2 Uhr verließ die Kanonendonner von den vor der Wasserallee ankernden preussischen Schiffen her die Ankunft der vor einigen Tagen von Bremerhaven angelassenen Corvette „Victoria“ in unserem Hafen, die bald darauf einen Büchsenenschuß weiter binnenwärts als das Admiralschiff vor Anker ging. Es ist eine nicht gedeckte Corvette von 14 Kanonen, die sich durch ungewöhnlich schlanken Bau auszeichnet.

Frankreich. Die Beziehungen zwischen den Höfen von Paris und Petersburg scheinen sich wieder ganz intim gestaltet zu haben. Dieses beweist auch schon der Besuch der Kaiserin von Rußland in Nizza, bei welcher Gelegenheit der Kaiser der Franzosen ihr seinen Besuch abtathen und zu Ehren derselben große Seemannsmanöver ausführen lassen wird. —

schließlich die Geduld reißt und nichts übrig bleibt, als auszuweichen. Man kann sich kaum einen Begriff von den Echaux und Litten dieser Leute machen und die Gerichtszeitungen bringen fast täglich neue Belege für die Gefährlichkeit gewisser Berliner Hauswirthe und ihrer Miethscontracte, welche einer fortlaufenden Reihe von Wolsfallen und Fuchseisen ähnlich sehen und Veranlassung zu immerwährenden Ermittlungsfragen geben. Aus diesem Grunde finden unzählige Kündigungen statt und der Wohnungswechsel nimmt derauhen überhand, daß der größte Theil der Einwohner am Ersten des Quartals sich auf einer gezwungenen Wanderung befindet und alle Unannehmlichkeiten eines Umzuges immer von Neuem kennen lernt. Am übelsten aber sind die wirklich armen Leute daran, die so leicht kein Unterkommen finden, da die Hauswirthe sie nur ungern einnehmen, besonders wenn sie eine zahlreiche Familie haben. Delfters sieht man die traurigen Gestalten, verkommene Männer, abgelebte Frauen und elende Kinder, mit dem ärmlichen Gerümpel noch am späten Abend durch die Straßen irren und vergebens ein Obdach suchen, bis ihnen nichts übrig bleibt, als ihre Aufnahme in das allgemeine Arbeitshaus zu fordern, wo sie unverschuldet mit dem Verbrechen unter einem Dache wohnen müssen. — Auch die hiesigen Schuldgefangenen haben im Laufe der vergangenen Woche ihr altes Quartier in „Mörsers Ruh“ verlassen und ihre neue Wohnung in der Barnimsstraße bezogen, da das frühere Gebäude bei der zunehmenden Bevölkerung und der täglich wachsenden Menge der Schuldendelictanten nicht mehr ausreichte, so daß man sich genöthigt sah, im Interesse der Sicherheit, Ordnung und der Humanität ein neues Schuldgefängnis mit einem bedeutenden Kostenaufwande zu errichten. Das stattliche Gebäude ist mit einer 11 Fuß hohen Mauer rings umgeben und durch eiserne Flügelthüren von der Außenwelt abgeschlossen; es zerfällt in besondere Abtheilungen für die angestellten Beamten und die eigentlichen Schuldner, von denen die Männer und Frauen besonders getrennte Flügel bewohnen; da in früherer Zeit manches zärtliche Verhältnis hier angeknüpft worden und nicht ohne Folgen geliebt ist. Die einzelnen Zellen sind mit eisernen Gittern, Glas und Ventilatoren versehen, überhaupt ist für Reinlichkeit und Bequemlichkeit, natürlich ohne jeden Luxus, auf das Beste gesorgt. Fünf große Höfe bieten hinlängliche Gelegenheit für Bewegung und Promenade, wobei jedoch ebenfalls auf die strengste Trennung der Geschlech-

Die Großfürstin Marie von Rußland ist gestern nach Darmstadt abgereist.

Italien. Turin, 1. October. (N. B.) Was Garibaldi betrifft, dessen Haltung von großer Wichtigkeit für die Minister wie für den König ist, so hat Victor Emanuel einen sehr herzlichen Brief an ihn geschrieben und der Feld von Marfala antwortete: *Pieghero sempre per l'Italia*, ich werde mich stets vor Italien beugen. Mazzini soll stark an Garibaldi herumgearbeitet haben, um ihn endlich gegen den Vertrag zu stimmen. — Herr Artoni, welcher trotz seiner Stellung im Cabinet des Ministers noch immer den Rang eines Legationsraths beibehält, begiebt sich in dieser Eigenschaft zur Gesandtschaft von Paris.

Griechenland. Athen, 24. Sept. (Tr. B.) Der vergangene Montag war ein wichtiger Tag für Griechenland, denn an diesem Tage schaffte die Nationalversammlung den Senat ab, und fortan wird das constitutionelle Griechenland nur eine Kammer haben. Schon seit Wochen arbeiteten die Repräsentanten, in zwei Parteien getheilt, für und gegen diese Maßregel; doch sprach sich die öffentliche Meinung fortwährend für die Abschaffung aus und schon am vergangenen Sonntage war es kein Zweifel, daß die letzte Stunde des Senats geschlagen hatte. Die Sitzung begann um 11 Uhr Vormittags; 273 Repräsentanten hatten ihre Plätze eingenommen, der Zuschauerraum war voll gepöppelt. Mehrere Redner sprachen für und gegen den Senat; endlich stieg der feurige Deputirte von Jannina auf die Tribüne und bewies in einer glänzenden Rede das Unnütze, ja das Schädliche des Senats, der durch eine Reihe von 20 Jahren ein Hinderniß der Widerseßlichkeit und des Bürgerkrieges gewesen. Es kam zur Abstimmung und mit 211 gegen 62 Stimmen wurde die Abschaffung des Senats beschloffen, vom ganzen Zuschauerraum mit einem dreimaligen Hoch auf die Nationalversammlung begrüßt. Sowohl in Athen, als auch in den Provinzen machte dieser Act den besten Eindruck und soll auch bei Hofe günstige Aufnahme gefunden haben.

Danzig, den 6. October.

\* In der gestrigen Sitzung der Aeltesten der Kaufmannschaft kam ein Schreiben des Kgl. General-Postamts zum Vortrag, in welchem darauf aufmerksam gemacht wird, daß in Frankreich die Beförderung von versiegelten oder unversiegelten Briefen, Notizen, Journalen, periodischen Werken, gedruckten, lithographirten oder autographirten Prospecten, Circularen, Catalogen, Preis-Couranten und Ankündigungen, ausschließlich den kais. Briefposten vorbehalten ist, und daß daher dergleichen Gegenstände, Sendungen nach Frankreich, welche in Deutschland zur Absendung mit der Fahrpost ausgegeben und an der französischen Grenze Privat-Transport-Unternehmern überliefert werden, nicht beigegeben werden dürfen. — Auf Antrag des Hrn. Lofewski soll an das Kgl. General-Postamt in Berlin wegen Ermäßigung des tarifmäßigen Sages für Uebersendung von Getreideproben nach England petitionirt werden. — Das Kgl. Provinzial-Steuer-Directorat macht das Collegium auf ein vom dem Steuerath Binnow herausgegebenes Hülfsbuch für Beamte, Kaufleute und Industrielle aufmerksam, welches die durch die neuen Zollverträge vereinbarten Bestimmungen enthält und sich durch praktische Brauchbarkeit empfiehlt. — Nach dem zwischen dem Magistrat und den Aeltesten über die Benutzung des Artushofes als Börse geschlossenen Vertrage zieht vom Jahre 1865 ab fortan das Aeltesten-Collegium die Börsen-Beiträge für die Corporationen ein. Es wurde mit Rücksicht hierauf eine Commission, bestehend aus den Herren C.-R. Goldschmidt, Steffens und Damme, erwählt, welche dem Collegium über den Modus der Repartition der Börsenbeiträge unter die Corporationenmitglieder und solche Kaufleute, welche der Corporation nicht angehören, Bericht erstatten soll; auch soll die Frage in Erwägung gezogen werden, wie weit es thunlich ist, einzelne Bestimmungen des neuen Corporationstatutes, da die Bestätigung desselben in nächster Zeit nicht zu erwarten steht, schon jetzt ins Leben treten zu lassen. — Es ist im Werke, den Oberkassaschiffen Erleichterungen in Bezug auf das Feuerarmachen auf den Schiffen zu gewähren. In dem Entwurf der betreffenden polizeilichen Verordnung ist auf den Antrag des Herrn Provinzial-Steuer-Directors das Verbot des Feuerarmachens auf den Schiffen im Schiffsregister Wasser aufrecht erhalten; hiergegen hat der Magistrat protestirt und ausgeführt, daß kein Grund vorhanden sei, das Verbot im Schiffsregister Wasser aufrecht zu erhalten, wenn es lediglich des linken Mottlau-Ufers beseitigt werden solle. Der Hr. Provinzial-Steuer-Director, von der Kgl. Regie-

ter gehalten wird. Ein Betsaal mit dem angestellten Geistlichen soll für die geistigen Bedürfnisse, eine Krankenanstalt unter einem bewährten Arzte für die leibliche Pflege und Gesundheit der Gefangenen Sorge tragen. Für diejenigen, welche zu ihrer eigenen Unterhaltung arbeiten wollen, ist ein eigener Arbeitsraum eingerichtet, obgleich Keiner verpflichtet wird, sich in seiner Zelle auf jede ihm zusagende, nur nicht gegen die Hausordnung verstoßende Weise zu beschäftigen; auch dürfen die Gefangenen nach Belieben in dem Garten der Anstalt graben und pflanzen. Außer dem Beamtenpersonal kann das neue Schuldgefängnis 260 Personen aufnehmen, gegenwärtig befinden sich jedoch nur 60 Gefangene in der Anstalt, darunter einige Träger bekannter und selbst hoher Namen.

Auch unsere Hausfrauen werden bei dem Quartalswechsel mehr oder minder durch die Diensthofenfrage, diesen Hauptgegenstand ihrer Unterhaltung und Sorgen, in Anspruch genommen. Die Klage über die zunehmende Verschlechterung der weiblichen Dienerschaft ist leider nur zu gegründet und die Ansprüche der Letzteren haben einen kaum glaublichen Grad erreicht, indem nicht diese, sondern die Herrschaft selbst jetzt Zeugnisse über ihr moralisches Wohlverhalten beibringen und sich verschiedene Bedingungen gefallen lassen muß. Jede Köchin erkundigt sich vorher, ob das Haus, in das sie eintreten soll, auch äußerlich anständig und mit Wasserleitung versehen ist, ob Madame selbst ihre Einkäufe auf dem Markt besorgt, oder ihr freie Hand läßt, damit ihr die sogenannten „Schwenzelpennenn“ nicht entgehen, ob die Familie kleine Kinder hat, da die meisten Diensthofen die Antipathie der Berliner Hauswirthe gegen den allzu reichlichen Kindersegen theilen. Die Besuche des Bräutigams oder sonstigen geliebten „Gegenstandes“, der von allen Speisen die besten Bissen genießt und die echten Havanna-Cigarren des Hausherrn raucht, wenn dieselben nicht sorgfältig verschlossen werden, ist selbstverständlich, und die heimliche Benutzung eines oder des andern Garderobeartikels stillschweigend mit einbedungen. Unter solchen Verhältnissen kann es daher nicht Wunder nehmen, daß ein fortwährendes Kommen und Gehen des Dienst-Personals stattfindet, und daß alte Diener, welche mehrere Jahre auf einer Stelle ausharren, zu den größten Seltenheiten in Berlin gehören. (Schluß folgt.)







zu jeder Tageszeit zu haben. 17481  
**Morgen Freitag: Fischeffen.**  
 Druck und Verlag von A. W. Kasse mann  
 in Danzig.